Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis (Freibleibend): in Nagold u. d. Agenten monatl. ℳ 100.– Einzelnummer ℳ 7.–

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung ℳ 15.–, bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1829 — Fernsprecher Nr. 28

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Aufgegebene Anzeigen und Reklamen in bestimmter Ausgabe oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 280 — Donnerstag, den 30. November 1922 — 96. Jahrgang

Zur Schuldfrage

„Doumergue (Franz. Ministerpräsident) meint, daß ihm sehr leicht sein werde, überzeugende Argumente zugunsten dieses Gedankens anzuführen, weil es ganz augenscheinlich ist, daß — da Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe — dieses System durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England ergänzt werden müsse. Doumergue glaubt, daß das russisch-englische Abkommen die Form eines Marineabkommens annehmen möchte und daß dabei vielleicht technische Beratungen zwischen den drei Admiralstäben erforderlich sein würden."

(Iswolski, russischer Botschafter in Paris, an 12. April 1914 nach Petersburg; v. Siebert, S. 889.)

Wird Amerika etwas für uns tun?

Von Frankreich ist nichts zu erwarten. Beweis: die jüngste Amerikareise Clemenceaus. Wußte dieser „alte Tiger"-drüben nichts Gescheiteres zu tun, als über Deutschland zu wettern und den Amerikanern vorzuwerfen, sie hätten ihr Versprechen nicht gehalten. Wilson hätte die Franzosen versichert, daß sie eine sichere Grenze, nämlich den Rhein, erhalten sollen. Doch bis heute sei's noch nicht so weit.

Aber die Amerikaner sind nun einmal nicht die Leute, die sich so mir nichts dir nichts in dem Bart kratzen lassen. Und so hat der Senator Hitchcock dem französischen Hetzapostel die nötige Antwort erteilt. Es gäbe viele unüberwindliche Hindernisse für ein amerikanisches Zusammengehen mit Frankreich, solange dieses bei seiner heutigen Politik gegenüber Deutschland bleibe. Er hege keinen Haß gegen Frankreich, und keine übermäßige Liebe zu Deutschland, was er sage, beruhe jedoch auf der Hoffnung, daß Frankreich eines Tags seinen Irrtum erkennen werde. Das größte Hindernis, das zwischen Amerika und Frankreich bestehe, sei, daß Frankreich hartnäckig von Deutschland Unmögliches in der Wiedergutmachungsfrage verlange und daß es hierin der öffentlichen Meinung der Welt trotze. Frankreich möchte lieber, daß Deutschland nicht zahlen könne, als daß es wirtschaftlich stark genug werde, um Zahlungen leisten zu können. Damit treibe Frankreich Deutschland in die Enge und in den Krieg. Es sei der denkbar größte Unsinn, zu behaupten, daß Deutschland die ungeheuren Wiedergutmachungsforderungen begleichen könne. Er wies hin auf die herausfordernde, widerrechtliche Besetzung rheinischer Städte durch schwarze Truppen. Amerika könne einer Nation, die hartnäckig bei einer militaristischen Politik bleibe, seine moralische Unterstützung nicht gewähren. Clemenceau wolle einen bewaffneten Frieden, der ihm dazu dienen sollte, Deutschland zu zerstückeln und es dem militaristischen Frankreich auf Gnade oder Ungnade auszuliefern.

Vortrefflich. Kein deutscher Staatsmann hätte das wahre Wesen der französischen Politik treffender zeichnen können. Die Franzosen werden schön aufhorchen, wenn sie das lesen. Und Clemenceau vollends! „Hättest du doch den Mund gehalten, denn würest du ein Philosoph geblieben." Hitchcocks Rede war wie ein kalter Wasserstrahl auf die wilden Hitzköpfe von der französischen Regierung. Sie werden eine Zeitlang genug haben.

Aber wenn nur Amerika mit diesen sehr vernünftigen Grundsätzen einmal vollen Ernst machen wollte! Das hat es doch an Deutschland gesündigt! Von dem Augenblick ab, wo es auf unsere Beschwerde gleich zu Kriegsbeginn jene unverschämte Antwort gab, bis zu dem Tag, wo Wilson mit seinen Spießgesellen den Raubvertrag von Versailles uns, mit der Pistole vor der Brust, präsentierte! Ja, dieser Wilson! Wie schmählich hat er uns belogen und betrogen! Wir sollen die Hohenzollern fortjagen und uns seinen vierzehn Punkten unterwerfen, dann werde alles wieder gut. Wir taten es vertrauensselig und — das Ende vom Lied: so gräßlich, so grausam, so entehrend, daß keine Worte unsern namenlosen Jammer zu beschreiben und zu fassen vermögen.

Amerika hatte den Vorteil vom Krieg, der uns zugrunde gerichtet hat. Von den 52 Milliarden des Goldes der ganzen Welt hat es 18 in seiner Tasche, so daß jetzt der Dollar an Stelle des englischen Pfunds den Wechselkurs in der Welt bestimmt. Wir sitzen im tiefsten Elend, ein großes Volk von 60 Millionen, und dies, nicht zuletzt, durch die Schuld Wilsons, der entweder krank oder ein Schurke war.

Wahrhaftig, Amerika hat eine Riesenschuld an uns wieder gutzumachen. Wann wird es geschehen? Wir haben uns das erstemal an Wilson gewandt. Statt Brot hat er uns Steine gegeben.

Wir sind das zweitemal in den Tagen des Londoner Ultimatums durch unsern Außenminister Dr. Simons wieder an Amerika herangetreten, um seine Fürsprache in der Entschädigungsfrage zu erlangen. Sein neuer Präsident Harding zeigte uns die kalte Schulter.

Wir warteten und warteten auf den Frieden mit der Union. Endlich, endlich brachte die Unterschreibung Knox-Porter im Herbst 1921 den längst erwarteten deutsch-amerikanischen Friedensvertrag. Kurz darauf hielt der für Deutschland neuernannte amerikanische Botschafter Houghton seine Programmrede. Sie war wirklich schön, nach Form und Inhalt. Da hieß es u. a.: „Wir selbst können als Nation nicht glücklich und zufrieden sein, solange unsere Mitbürger deutscher Abstammung nicht glücklich und durch das Gefühl der Ungerechtigkeit erbittert sind."

Aber die ersehnte Hilfe ist nicht eingetroffen. Die Bankier- oder Morgankonferenz in Paris konnte sich nicht zu einer Anleihe an Deutschland entschließen. Und ein Frank Vanderlip meinte bei einem Besuch in München, erst müßten die Deutschen sich selber helfen und die ihnen aufgebürdete Kriegsschuldlüge abwerfen, bevor Amerika etwas für sie tun könne.

Und Amerika muß etwas tun. Da hilft alles nichts. Ohne seine Unterstützung, erklärte unser neuer Reichskanzler Dr. Cuno im Regierungsprogramm, sei eine Lösung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht denkbar. — Das ist so!

Wir stehen vor Brüssel, vorausgesetzt, daß die Konferenz zustande kommt. In Brüssel muß Amerika reden, ein deutliches Wort, genau so deutlich, wie Senator Hitchcock. Im andern Fall bleibt alles beim Alten. Denn nur vor Amerika, dem Frankreich einzig und allein seine Rettung verdankt, und dem es heute noch Milliarden Dollar schuldet, nur vor Amerika hat Frankreich noch Respekt.

W. H.

Stabilisierung

Das Arbeitsprogramm

Ein an maßgebender Stelle unterrichteter parlamentarischer Mitarbeiter schreibt mir: Die achttägige Pause der Reichstagsverhandlungen bis zum 4. Dezember will dem neuen Kabinett Gelegenheit zum „Einarbeiten" geben. Reichskanzler Cuno hat sich entschlossen, von dieser Wochenfrist auch nicht eine Stunde zu verlieren, und es ist kein leeres Gerücht, wenn in der Oeffentlichkeit und an der leider so pessimistisch denkenden (und deshalb haussierenden) Börse behauptet wird, der erste Schritt der Regierung werde der Festigung der Mark gelten. Diese Aufgabe ist das Kernstück der Wirth-Note vom 13. November und das Hauptstück des Ministeriums Cuno. Der leidige Parteienzank will das nicht wahr haben. Es heißt, zwischen Dr. Cuno und dem neuen Wirtschaftsminister Becker-Hessen bestünden gerade im Punkt der Währungsfrage bedenkliche Meinungsverschiedenheiten. Dr. Becker neige der Auffassung des Hrn. Stinnes zu, der die sofortige und rein finanztechnische Festigung der Mark für nutzlos und gefährlich halte. Wir wollen den alten Streit nicht wieder aufrühren. Durch die Veröffentlichung der bewußten Stinnesrede ist doch deutlich genug klargelegt worden, was Stinnes meinte. Ueberdies ist die alsbaldige Inangriffnahme der Festigung als Programmpunkt zwischen den neuen Ministern festgelegt. Dr. Becker hat wie alle seine Kollegen, dem Plan vorbehaltlich zugestimmt. Von Finanzminister Dr. Hermes weiß man, daß er persönlich die Ansichten des neuen Kanzlers durchaus teilt. Das Kabinett Cuno ist über die Notwendigkeit rascher Festigung vollständig einig.

Trotzdem muß zur Vermeidung von Mißverständnissen folgendes festgestellt werden: Die internationale Festigung der Mark kann nicht über Nacht, durch kein deutsches Gesetz von heute auf morgen erfolgen. Ohne die verlangten Zugeständnisse der Verbündeten ist dies Unternehmen unmöglich. Aber womit die Regierung Cuno vorangehen will, das sind die inneren Maßnahmen, die den Finanzschlag vorbereiten sollen. Dr. Cuno hat ja in seiner Antrittsrede am Freitag voriger Woche selbst erklärt, daß die Hingabe des deutschen Goldes „ein schweres Opfer ist, das, nutzlos vertan, die Vernichtung der deutschen Währung besiegeln würde." Also auch an das Goldopfer wird erst dann gedacht, wenn die eingeleiteten inneren Maßnahmen in Verbindung mit den ausländischen Zusagen einen Erfolg versprechen. Welches sind nun die inneren Maßnahmen? Die Regierung will anknüpfen an die neuen Nachtragsforderungen zum Reichshaushalt mit seinem allerdings erschreckenden Abmangel von 890 Milliarden Mark. Dieser Fehlbetrag hat, als er im Reichsrat bekannt gegeben wurde, an der Börse zu einer neuen Flucht aus der Mark geführt, und zwar ging sie wieder einmal von Berlin aus, nicht von Neuyork, wo man ernstlich gewillt war, den Dollar auf der Durchschnittshöhe der letzten Woche zu halten. Die Berliner Spekulation starrte nur auf die Ziffer des neuen Fehlbetrags, ohne auf die von der Regierung angekündigten Schritte zu achten. Die Regierung ist trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, überzeugt, daß das Gleichgewicht im Reichshaushalt hergestellt werden kann. Dies soll geschehen durch unerbittlich vorzunehmende Ersparnisse, durch Abbau der Behörden, durch Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten in den verbleibenden Verwaltungen. Mit Hilfe der einig gehenden Privatwirtschaft soll die Arbeitsleistung jedes deutschen Berufstätigen gehoben und der Achtstundentag, ohne ihn grundsätzlich anzutasten „veredelt" werden. Die drückende Steuerlast soll nicht durch Ersinnen neuer Steuern oder durch schematische Erhöhungen vermehrt werden, aber die säumigen Steuerzahler sollen künftig keinen Vorteil aus der Geldentwertung mehr ziehen. Dies geschieht bis zur eigentlichen Festigung durch Einführung einer Entwertungsbestimmung, mit der sich das Reichsfinanzministerium bereits beschäftigt. Die Devisenentdeckung der soliden Kaufmannswelt wird geschützt, die Devisenspekulation wirksamer als bisher bekämpft. Dies die inneren Maßnahmen. Zu den äußeren leiten die Verhandlungen über die Besatzungskosten im Rheinland über. Sie führen voraussichtlich zu einem deutschen Programm für die Brüsseler Finanzkonferenz. Darüber wird man noch in dieser Woche weiteres hören. —er.

Die österreichische Notenpresse hat Ruh

Ab 18. November ist in Auswirkung der Genfer Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und dem Völkerbund-Ausschuß die Stillegung der österreichischen Notenpresse für staatliche Zwecke vereinbart worden. Der staatliche Fehlbetrag wird nunmehr bis zum Ende des Jahres 1924 aus den versprochenen Garantiekrediten gedeckt werden, und bis zu jenem Zeitpunkt soll der Staatshaushalt in solche Ordnung gebracht sein, daß eine Erneuerung der unseligen Notenfabrikation, die nunmehr acht Jahre lang gewährt hat, ausgeschlossen ist. Nach dem neuen Notenbankgesetz dürfen nur mehr so wie früher und wie in allen Staaten von der neuen Notenbank Banknoten gegen Warenwechsel ausgegeben werden. Das Notenbankgesetz ist vielleicht nur in einer Beziehung nicht ganz so gut, als es hätte werden sollen, weil die Einschiebung gemacht wurde, daß Wechsel von kaufmännisch betriebenen und von der öffentlichen Verwaltung abgesondert selbständig geführten Unternehmungen des Staats, der Lande und Gemeinden gleichfalls benutzt werden können. Die Befürchtung ist nicht grundlos, daß die unter dem Sozialisierungsgesetz in sogenannte gemeinwirtschaftliche übergeführten oberfaulen früheren staatlichen Betriebe auf diese Weise noch eine Zeitlang vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch bewahrt werden sollen.

Die von der Einstellung der Notenpresse erhoffte Festigung der Krone, ja die wahrscheinliche Steigerung des äußeren Werts hängt nunmehr davon ab, daß das zwischen Regierung und Völkerbund-Ausschuß vereinbarte Programm, dessen Ausführung bekanntlich von einem neutralen Generalkommissar überwacht werden soll, Gesetz wird und restlos durchgeführt werden kann. Schon seit Wochen weist die Krone eine bemerkenswerte Festigkeit auf. Trotzdem die Regierung in dieser Zeit seit dem Abschluß der Genfer Vorverhandlungen Milliarden über Milliarden aus der Notenpresse zog, ist von dieser riesigen Notenausgabe die Wertgeltung der Krone auf den Auslandsplätzen nicht im mindesten berührt worden. Auch der entsetzliche Marksturz seit Anfang September — obwohl sonst die Krone von jeder Abwärtsbewegung der Mark mitgerissen worden ist — hatte auch nicht einen einzigen Tag Einfluß auf die für Wien maßgebende Züricher Notierung. Die wohltätigen Folgerungen im Innern bestehen in einer anhaltenden Senkung aller Preise. Diese nunmehr schon seit zwei Monaten fortschreitende Verbilligung der notwendigen Bedarfsartikel — nach vollen acht Jahren unausgesetzter Preissteigerung! — hat auch die Arbeiterschaft zu Lohnerniedrigungen bereit gemacht. In der mächtigsten österreichischen Industrie, in der Metallbranche, kam zwischen Industriellenverband und Metallarbeiterverband eine Vereinbarung über einen zehn- bis fünfzehnprozentigen Lohnabbau zustande. Aehnliche Verhandlungen werden in den anderen Industrien angestrebt. Die Verbilligung der industriellen Herstellungskosten ist freilich noch nicht einschneidend genug, um die Folgen des Marksturzes auszugleichen, die sich in einer Unterbietung der österreichischen Preise um 50 bis 75 Prozent erkennbar machen. Das Deutsche Reich hat die Stelle Oesterreichs eingenommen und Oesterreich ist ein mittelvalutarisches Land geworden. Der ausländische Einkäufer fragt aber nur nach dem billigsten Preis. So ist es fast über Nacht gekommen, daß das vordem von Fremden überwollte Wien verödet ist, die Balkan-Kaufleute und Schieber reisen nach Berlin und nach den anderen deutschen Großstädten ab, die Wien—Berliner Züge müssen wegen des großen Andranges in zwei Garnituren geführt werden. Die Absatzstockung, die um Mitte September leise fühlbar zu werden begann, nötigt überall zu Betriebseinschränkungen, die Zahl der Arbeitslosen wächst unheimlich an, selbst Preisherabsetzungen unter die Herstellungskosten verzögern nur, aber verhindern nicht den Umfang der anwachsenden Konkurs-Listen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der im Genfer Programm beschlossene Abbau der Zahl der Staatsangestellten um zehn Prozent bis Ende dieses Jahrs (insgesamt um 40 Prozent bis Ende 1924) wirft in den nächsten sechs Wochen weitere 25 000 Menschen auf die Straße, denen die (allerdings reichlich gewährten) Abfindungen, solange die Stagnation andauert kaum eine Brücke in andere Wirkungskreise bauen werden. Es wird ein furchtbarer Winter werden, der jetzt anhebt.

Die rasche Verschlechterung der industriellen Verhältnisse hat allenthalben zu der Erkenntnis geführt, daß der Uebergang Oesterreichs von der Inflation zu normalen Zuständen mit ausländischer finanzieller Hilfe leichter bewerkstelligt werden kann, als wenn die österreichische Bevölkerung nur auf die im großen vierjährigen Ausverkauf ziemlich verfiegten heimischen Hilfsquellen angewiesen wäre. Diese Auslandshilfe ist nur unter der Erduldung strenger Verbrauchskontrolle erlangbar gewesen. Die Regierung macht jetzt den Vorschlag der Bildung eines aus allen drei Parteien nach ihrer Größe zusammengesetzten zwanzigköpfigen Staatsrats, der während der zweijährigen Ausschaltung des Nationalrats die Ausführung des vom Nationalrat in den nächsten Tagen zu beschließenden Gesetzes über den Wiederaufbau überwachen und dessen Ausnützung durch Regierungswillkür zu verhindern hätte. Das in dieser Richtung liegende Wiederaufbaugesetz ist vom Nationalrat mit 98 gegen 61 Stimmen endgültig angenommen worden.

Ein Vorschlag für amerikanische Hungerhilfe

Am 9. November legte das Kongreßmitglied Dr. Richard Bartholdt aus St. Louis in einem Vortrag vor dem Deutschen Verband in Chicago den Plan vor, sofort dem am 20. November zusammentretenden Kongreß (Abgeordnetenhaus) den Antrag zu unterbreiten, den europäischen Mittelmächten ein Darlehen von 50 Millionen Dollar für den Ankauf von Lebensmitteln zu gewähren, „damit verhütet werde, daß im kommenden Winter nicht Hunderttausende, sondern Millionen von Unschuldigen dem Hunger und der Kälte zum Opfer fallen". Bartholdt sagte u. a., an der Hungerblockade nach dem Friedensschluß habe auch Amerika teilgenommen, und Amerika sollte jetzt willens sein, die bis auf den heutigen Tag anhaltenden schrecklichen Folgen nach Kräften gutzumachen. Als der amerikanische Kongreß im Januar 1919 beschloß, den darbenden Völkern Europas Nahrungsmittel im Betrage von 100 Millionen Dollar zuzuführen, habe der Senator Lodge einen Antrag durchgesetzt, daß Deutschland und seinen hungernden Frauen und Kindern nicht ein Dollar zukomme! Es sei eine sittliche Pflicht des amerikanischen Volkes, das Unrecht wieder gutzumachen, das es begangen habe, als es duldete, daß die Verheißungen der vierzehn Punkte Wilsons nicht gehalten wurden. „Auch will ich zugeben," sagte er, „daß Wilson wenigstens den Versuch gemacht hat, seinen berühmten vierzehn Punkten Geltung zu verschaffen; aber dies spricht uns nicht frei von Verantwortung, denn die Unterschrift des Präsidenten wurde im Namen des amerikanischen Volkes gegeben, und zudem hat der Bundessenat den Versailler Vertrag in seinen wesentlichen Punkten, wenn auch ohne die Völkerbundsklausel, gutgeheißen."

Die Versammlung nahm den Vorschlag Bartholdts mit großer Begeisterung auf und beschloß, ihn schon am ersten Tage der Kongreßsitzung einzubringen. Die Angehörigen beider Häuser sollen mit Bittschriften aus dem ganzen Lande bestürmt werden, und die Werbung für das Hilfswerk soll sich auch auf die Angehörigen andrer Nationen erstrecken. Bartholdt suchte die Meinung zu zerstreuen, Bittschriften hätten keinen Erfolg, indem er auf seinen eigenen Antrag aus dem Jahr 1915 verwies, der dahin ging, den Waffenschacher zu verbieten. Er habe die Erfahrung gemacht, daß die ungeheure Menge der Bittschriften die Kongreßleute derart beeinflußt habe, daß der Antrag zweifellos mit großer Mehrheit im Hause durchgegangen wäre, wenn nicht Wilson der demokratischen Mehrheit den Befehl gegeben hätte, den Antrag überhaupt nicht zur Abstimmung zu bringen! Diese schöne Tat des Herrn Wilson, die wieder einen höchst wertvollen Beitrag zum Kapitel der Kriegsschuld liefert, wird hier der staunenden Welt zum ersten Mal bekanntgegeben. Herrn Dr. Bartholdt gebührt für diese Enthüllung ein besonderer Dank. Hoffentlich hat er mit seiner großherzigen Anregung den Erfolg, den er davon erwartet. Und hoffentlich wird durch diese Teilhilfe nicht die große Hilfe verzögert, die wir nun einmal eines Tags von Amerika mit erwarten müssen, wenn Europa wieder auf die Beine gestellt werden soll.

Neue Nachrichten

Erhöhung der Zwangsanleihe

Berlin, 29. Nov. Das Reichskabinett hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, nach dem die Zwangsanleihe in ihrem Ertrag der neuen Geldentwertung angepaßt werden soll. Die Zwangsanleihe soll einen Gesamtertrag von einer Milliarde Goldmark erbringen. Seinerzeit wurde der Gegenwert in Papiermark auf 74 Milliarden festgesetzt, der aber inzwischen durch die Geldentwertung weit überholt ist. Der Anleihebetrag soll nun so nach oben verändert werden, daß auch bei fallendem Markwert die Goldmilliarde herauskommt. Der Gesetzentwurf soll sofort dem Reichsrat zugehen.

Die Finanzüberwachung beginnt

Berlin, 29. Nov. Nach der D. Tel.-Ag. hat die Pariser Entschädigungskommission gegen die Geldunterstützung für die deutsche Handelsschiffahrt durch das Reich in einer Note an die Reichsregierung Einspruch erhoben.

Gegen das Uebermaß von Tanz und Alkohol

Berlin, 29. Nov. Dem Reichstag geht demnächst ein Gesetzentwurf zu, der den Polizeibehörden der Gemeinden ein größere Machtbefugnis zur Eindämmung der Vergnügungen in den Bars und Luxuslokalen und der Tanzbelustigungen einräumt. Letztere sollen nur noch an Sonn- und Feiertagen, den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen und in kleineren Städten an Kirmes- und Karnevalstagen, in den Großstädten höchstens einmal in der Woche gestattet sein. Kommt es in den Lokalen wiederholt infolge des Alkohols zu Ausschreitungen, so soll die Polizei ermächtigt sein, gegen diejenigen vorzugehen, die die Völlerei dulden.

Zunahme der Erwerbslosigkeit

Berlin, 29. Nov. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich ist vom 1. Oktober bis 1. November 1922 von 16 300 auf 23 900 gestiegen.

Landesausschußwahlen in Birkenfeld

Petersheim, 29. Nov. Bei den Wahlen zum Landesausschuß in Birkenfeld wurden gewählt: Vereinigte bürgerliche Parteien 8, Bauernbund 7, Sozialdemokraten 6, Zentrum 3, Kommunisten 1.

Ausschreitungen französischer Soldaten

Mainz, 29. Nov. Drei französische Soldaten, denen in einer Wirtschaft nach 9 Uhr abends kein Bier mehr verabreicht worden war, zertrümmerten aus Wut an einem Straßenbahnwagen die Fensterscheiben und schlugen einem Straßenbahnschaffner, daß er 28 Tage arbeitsunfähig war. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Hauptschuldigen zu 6 Monaten, die beiden anderen zu je 1 Monat Gefängnis.

Die beiden marokkanischen Schützen, die im Okt. d. J., als ihnen in einer Wirtschaft in Saffenheim um 11 Uhr abend Bier verweigert worden war, nahezu eine Stunde die Wirtschaft beschossen und dabei einen Schreiner tödlich verletzten wurden zum Tode verurteilt.

Frankreichs Antwort auf die deutsche Darlegung der Wirtschaftslage

Paris, 29. Nov. Havas veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung gegen die deutsche Richtigstellung der verschiedenen Behauptungen Poincarés in der französischen Kammer. Die Zahl der Beamten und Angestellten bei der Reichseisenbahn haben 1913 740 502 betragen, am 1. April 1922 aber rund 1 020 000, bei der Post 247 174 gegen 319 250. Diese Beispiele genügen, um die Richtigkeit der deutschen Richtigstellung zu beweisen. Deutschland erhöhe die Beamtengehälter ohne Erhöhung der Steuern. Die Zurückhaltung von Löhnen und Gehältern (Einkommensteuer) habe vom Monat April bis September 26 977 Millionen Mark eingebracht, aber um die entgangene Einkommensteuer zu finden, müsse man feststellen, daß der Eingang außer den 10 Prozent von Löhnen usw. in anderen Einkommensarten sich insgesamt nur auf 20 360 Millionen Mark belaufe. Die Angaben über Ein- und Ausfuhr seien durchaus unzuverlässig. Die bisher von Deutschland gemachten Zahlungen und sonstigen Leistungen aller Art seien nicht auf 41, sondern höchstens auf 8 Milliarden Goldmark zu bewerten.

Württemberg

Stuttgart, 29. Nov. Wagenstandgelder. Die vorübergehende Erhöhung der Wagenstandgeldsätze für frische Aepfel und frische Birnen im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart tritt mit Ablauf des Monats November außer Kraft.

Der Brotpreis wird wahrscheinlich auf 140 Mark für den Laib Markenbrot festgesetzt werden.

Stuttgart, 29. Nov. Vom Landtag. Abg. Nesper (Soz.) hat im Landtag eine Anfrage eingebracht, daß nach seiner Behauptung in hiesigen Banken rechtswidrig und ohne Entschädigung viele Ueberstunden von den Angestellten verlangt werden.

Endersbach, 29. Nov. Die diamantene Hochzeit feierten am letzten Sonntag die Weingärtner Wilhelm Heubachschen Eheleute. Der Mann ist 88, die Frau 81 Jahre alt.

Heilbronn, 29. Nov. Erschossen aufgefunden. In der Nähe des Schweinsbergturmes wurde im Waldesdickicht die Leiche des seit Ende August vermißten Mittelschullehrers Wurster mit einem Kopfschuß aufgefunden. Häusliche Zwistigkeiten sollen den Bedauernswerten in den Tod getrieben haben.

Tamm, OA. Ludwigsburg, 29. Nov. Todessprung. Am Dienstag abend benützte der in Kornwestheim arbeitende Hilfsarbeiter Kurz zur Heimfahrt vom Kornwestheimer Rangierbahnhof einen Güterzug, der fahrplanmäßig in Tamm nicht anhält, in der Absicht, bei der Durchfahrt vom Zug abzuspringen. Obwohl der Zugführer von dem gefährlichen Vorhaben dringend abriet, sprang Kurz doch mitten in der Fahrt ab. Er kam unter die Räder und wurde vollständig zermalmt.

Mühlacker, 29. Nov. Tot aufgefunden. Sonntag früh wurde auf dem Bahnkörper gegen Illingen ein etwa zwanzigjähriges unbekanntes Mädchen mit abgefahrenem Bein tot aufgefunden.

Diefenbach, OA. Maulbronn, 29. Nov. Selbstmord. Am Samstag hat sich hier ein 16jähriger Bursche aus Zaisersweiher durch Erhängen das Leben genommen.

Urach, 29. Nov. Häusliche Nothilfe. Der Bezirkswohltätigkeitsverein beabsichtigt, eine weibliche Kraft anzustellen, die im Falle des plötzlichen Ausscheidens der Hausfrau infolge Krankheit oder dergl. einige Zeit lang einspringen soll, um den lebenswichtigsten Betrieb, die Familie und den Haushalt, über Wasser zu halten. Diese Aushilfe würde aber nur Familien zugeteilt, die über kein Dienstmädchen verfügen. Sie würde vom Verein angestellt und bezahlt; für die Zeit ihrer Hilfeleistung muß sie von der betreffenden Familie verpflegt und womöglich bezahlt werden.

Württembergischer Landtag

160. Sitzung

Stuttgart, 29. November.

Nach sechswöchiger Pause trat der Landtag am Dienstag wieder zusammen zu einer einzigen Sitzung. Lebhaftes Interesse erregten die Mitteilungen der Abgeordneten Karl Fausel und A. Maier (Komm.), daß sie aus der kommunistischen Partei ausgetreten seien und sich der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben. Der Antrag der Kommunisten, die Zugehörigkeit dieser Abgeordneten zum Landtag aufzuheben, wird an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen.

Nach Beantwortung dreier Kleiner Anfragen tritt das Haus in die Beratung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für 1922 ein und nimmt ihn in allen drei Lesungen an. Im Eiltempo werden dann die drei Polizeigesetze erledigt. Abg. Stetter (Komm.) spricht gegen den Regierungsparlamentarismus und das ganze herrschende System in Württemberg. Die Anschuldigungen werden vom Minister Graf zurückgewiesen. Wenn die jetzige Ordnung nichts weiter geleistet hätte, als daß die Kommunisten in Württemberg und Baden kaum mehr 8000 Mitglieder zählen, so wäre das schon ein hinreichendes Verdienst.

Das Schutzpolizeiklassen-Gesetz wird einstimmig in den Polizeiausschuß geschickt, der Gesetzentwurf zur Aenderung des Polizeiverwaltungsgesetzes und der Nachtrag zum Etat des Innern betreffend Neuordnung des Polizeiwesens in den Finanzausschuß.

Das von dem Abg. Bazille gegen sich selbst verlangte Disziplinarverfahren in Sachen der Anschuldigungen seitens des Abg. Keil im Reichstag wird gemäß dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses genehmigt. Dagegen stimmen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. — Nächste Sitzung Mitte Dezember.

Das neue württ. Gemeindewahlgesetz

II.

Dem veränderten Gemeindewahlgesetz hat das Ministerium des Innern sofort die Vollzugsverfügung folgen lassen. Genaue Vorschriften sind für Form und Inhalt der Wählerliste gegeben. In diese sind nicht aufzunehmen Personen, deren Wahlrecht ruht oder die an der Ausübung des Wahlrechts behindert sind. Zu den „Soldaten" im Sinne des württ. Gemeindewahlgesetzes zählen die Mannschaften, Unteroffiziere, Deckoffiziere sowie die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Veterinär-, Feuerwerks- und Zeugoffiziere der Reichsheeres und der Reichsmarine; die Militärbeamten gehören nicht zu den Soldaten der Wehrmacht. In großen und mittleren Städten kann durch Gemeinderatsbeschluß die Entscheidung über Einsprachen einer Abteilung übertragen werden. Außerdem kann in diesen Städten der Gemeinderat den mit der Entgegennahme von Einsprachen beauftragten Beamten ermächtigen, Einsprachen, die ohne weiteres für begründet zu erachten sind, durch entsprechende Aenderung der Wählerliste zu erledigen. Mit der Bekanntmachung über die Auflegung der Wählerliste für die Teilgemeinderatswahlen ist gleichzeitig die Bekanntmachung des Wahltags und die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu verbinden. Diese Bekanntmachung hat spätestens innerhalb zwei Wochen nach der Wahl des Gesamtgemeinderats und spätestens drei Wochen vor dem Wahltag zu erfolgen. Die Wahl selbst kann im Laufe der Monate Januar und Februar vorgenommen werden. Bei Ortsvorsteherwahlen in Gemeinden 2. und 3. Klasse kommt, falls der Gemeinderat einen Samstag als Wahltag festsetzte, die Bestimmung des Kalendertags für die Wahl dem Vorstand des Oberamts zu. Neu ist die Bestimmung, daß die Wählerliste in Heftform oder in Karteiform angelegt werden kann; sie heißt dann im ersten Fall „Wählerliste", im letzteren „Wahlkartei". Wird bei Wahlen (ausgenommen die Wahlen in großen Städten) nur ein Wahlvorschlag eingereicht, so sind als Bewerber im Sinne des Wahlgesetzes Art. 78 auch sog. „Wilde", d. h. Personen, die nicht auf dem bekanntgegebenen Wahlvorschlag stehen, anzusehen. Ihre Person muß aus dem Stimmzettel unzweifelhaft zu erkennen sein, der bloße Familienname genügt hier nicht. Die den „Wilden" zugefallenen Stimmen werden für jeden gesondert vermerkt und gezählt. Bewerber, die nicht auf dem bekannt gemachten Wahlvorschlag stehen, werden jeder für sich als besonderer Wahlvorschlag aufgeführt.

Aus Stadt und Bezirk

Nagold, 30. November 1922.

Die neuen Postgebühren. In der Sitzung des Verwaltungsbeirats im Reichspostministerium am 28. November schlug der neue Minister eine Erhöhung der Postgebühren um etwa das Doppelte vor. Für Briefe sollen die Gebühren je nach Gewicht betragen: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Mark, 20 bis 100 Gramm 15 Mark, 100 bis 250 Gramm 25 Mark; im weiteren Verkehr 25, 35 und 45 Mark. Postkarten im Ortsverkehr 5 Mark, im weiteren Verkehr 15 Mark; Pakete bis 5 Kilo in der Nahzone (bis 75 Klm.) 125 Mark, Fernzone 250 Mark, Pakete von 5 bis 10 Kilo für jedes Kilo Mehrgewicht in der Nahzone 25 Mark, 10 bis 20 Kilo 60 Mark, in der Fernzone 50 bzw. 120 Mark. Die Postanweisungsgebühr soll verdoppelt werden, der niedrigste Satz gilt aber bis zu Einzahlungen von 100 Mark (bisher 50 Mark). Postanweisungen sollen künftig bis zur Summe von 20 000 Mark zulässig sein. Die Postscheckgebühren werden verdoppelt. Die Grundgebühr für jedes Telegramm soll 50 Mark, die Wortgebühr 20 Mark betragen. Bei den Fernsprechgebühren sollen die Grundgebühren für die Hauptanschlüsse unverändert bleiben, die Ortsgesprächzuschläge dagegen auf den doppelten, diejenigen für Ferngespräche auf den zweieinhalbfachen Betrag erhöht werden.

In der Sitzung erklärte Reichspostminister Stingl, die Gebührenerhöhungen seien ihm zuwider, doch lassen sie sich von Zeit zu Zeit nicht vermeiden. Er nahm das Postpersonal gegen Vorwürfe, die vielfach erhoben werden, in Schutz; Treue und Arbeitswille seien noch nicht ausgestorben. Wo die frühere Ordnung und Unterordnung gelockert sein sollte, werde er nötigenfalls mit harter Hand zufassen. Es sei zu bedauern, daß so wenig bayerische und württembergische höhere Beamte im Reichspostministerium vertreten seien.

Der Fehlbetrag der Reichspostverwaltung beträgt augenblicklich 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark veranschlagt. Eine Ausgleichung dieses Fehlbetrags wird auch durch diese neue Gebührenerhöhung weit nicht erreicht. Die Begründung deutet an, daß am 15. Januar eine weitere Gebührenerhöhung auf der Grundlage einer Gebühr von 50 ₰ für einen einfachen Fernbrief eintreten wird.

Neue Briefmarken zu 200, 300, 400, 500 und 1000 Mark werden demnächst ausgegeben werden. Die Marken zu 200 bis 400 Mark sollen noch in diesem Monat fertig werden. Gleichzeitig wird eine ganze Reihe von Marken von den Postanstalten zurückgezogen werden, so die Marken zu 15, 30, 40, 60, 80, 120 und 160 Pfennig, die Nationalversammlungsmarken u. a.

Bestellt den „Gesellschafter"!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Allerlei

Die Schneefälle am 28. November waren fast über ganz Deutschland verbreitet. Im Osten waren die Schneestürme so stark, daß z. B. in Oberschlesien Lokomotiven mit Schneepflügen erst Bahn brechen mußten. Warme Luftströmungen haben indessen eine rasche Schneeschmelze gebracht, die zu gefährlichem Hochwasser führen dürfte.

Die Quäcker haben beschlossen, täglich 1000 Kinder in Halle a. Saale zu speisen.

Schenkung. Frau Emma Lang in Neuyork hat zur Erinnerung an ihre aus Rudolfstadt stammende Mutter für die Waisenkinder in Rudolfstadt 3 Millionen Mark gespendet.

Porzellanpreise. In einer Versteigerung von alten Kunstgegenständen in Köln wurden für Porzellanfachen aus dem 18. Jahrhundert bezahlt: zwei Figuren der Porzellanmanufaktur Fulda (Kavalier und Dame musizierend) 7 600 000 ℳ, Ludwigsburger Gruppe (Schokoladetrinkerin) 720 000 ℳ, Meißner Dame (1750) 220 000 ℳ, zwei Thüringer Figuren 320 000 ℳ.

Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Zigeunern. In einer Gastwirtschaft des Dorfes Haimbach bei Fulda hatten zwei Gendarmen einen Zusammenstoß mit zwei Zigeunern. Die Gendarmen mußten von ihrer Waffe Gebrauch machen. Beide Zigeuner wurden erschossen.

Festgenommener Spion. In Minden (Westf.) wurde ein Fremder verhaftet, der versucht hatte, Soldaten des Artillerieregiments Nr. 6 unter Versprechungen hoher Belohnungen zum Diebstahl militärischer Geheimnissen und Pläne zu bestimmen.

Deutschfeindlichkeit in Italien. Sämtliche italienischen Hafenbehörden sind, wie der „Hamburger Börsenhalle" von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vom italienischen Ministerium angewiesen worden, künftig den deutschen Schiffen nicht nur das Jahresabonnement auf die in italienischen Häfen üblichen Tonnagegebühren zu verweigern, sondern die doppelte Monatsrate von den deutschen Schiffen zu erheben. — Daß Mussolini seine Liebedienerei um Frankreich so weit ausdehnen würde, hätte man nicht erwarten sollen. Aber freilich, was tun gewisse Leute nicht alles um des Mammons willen!

Umlage im Todesfall. Auf Anregung des Ortsgeistlichen zahlt in Niebüll (Schleswig) die Gemeinde neuerdings bei jedem Todesfall zu den Begräbniskosten einen Beitrag von 6000 Mark für Erwachsene und 3000 Mark für Kinder. Das Geld wird durch eine auf alle Gemeindeglieder verteilte Umlage aufgebracht.

Niedriger hängen. Der Düsseldorfer Maler Moritz Uzarski, Führer der neuzeitlichen Künstlergruppe „Das junge Rheinland", hat zu der Ausstellung der genannten Gruppe ein von ihm in Aquarell gemaltes Bild geliefert, das er „Bildnis eines Generals" nennt. Dieser General soll Feldmarschall von Hindenburg sein. Das Gesicht ist absichtlich zur Lächerlichkeit entstellt, fast unmötig, daß Uzarski über die Kopfzeichnung die Worte schreibt: „Teutobold Graf von und zu Kotzknatz-Trottelhausen Exzl.". — In welchem andern Land der Welt würde ein solches Vorkommnis möglich sein?

Kartoffelschiebung. Ein Kaufmann in Saarbrücken hat 32 Eisenbahnwagen Kartoffeln, die für das Saargebiet bestimmt waren, nach Metz in Lothringen verschoben. Zwei Wagen konnten noch abgefangen werden. Der Kaufmann ist verhaftet.

Post des Nordpolforschers Amundsen wurde an der Küste zwischen Pasina und Dickson (Nordsibirien) gefunden. Auch andere Gegenstände des vermißten Nordpolzugs fanden sich vor.

Diebstahl. In einer Tuchfabrik in Lauingen wurde Inlandswolle im Wert von 1 070 000 Mark gestohlen. Aus den gleichen Räumen war vor einigen Wochen amerikanische Wolle im Wert von vier Millionen Mark entwendet worden.

ep. **Bilder städtischer Not.** Eine 81jährige Witwe, fast gebrechlich, besorgt notdürftig den Haushalt, damit ihre 48jährige ledige Tochter den Lebensunterhalt der beiden in einem Geschäft verdienen kann, wo sie infolge ihrer durch ein schweres inneres Leiden sehr herabgesetzten Leistungsfähigkeit nicht tarifmäßig bezahlt wird. Mutter und Tochter sind infolge jahrelanger Unterernährung magenleidend; es war für sie ein wahres Fest, als ihnen neulich ihr Pfarrer aus einer Spende ein Pfund weißes Mehl zukommen lassen konnte. — Ein in harter Arbeit und äußerster Sparsamkeit alt gewordenes Ehepaar ist durch die furchtbare Geldentwertung um seinen letzten Sparpfennig gekommen. Hilflos sitzen sie in der kaum geheizten Stube, die Frau rückenmarkleidend, der Mann erlaubt; die erwachsene Tochter kann nur einen Teil des Tags dem Verdienst nachgehen. Mit Geld ist wenig ausgerichtet; aber wie viel wäre solchen Notleidenden geholfen, wenn man ihnen ein paar Zentner Kartoffeln und ein Quantum Mehl zustellen könnte!

Die teuerste Stadt in Württemberg ist nach den Mitteilungen des Württemb. Stat. Landesamts auch diesmal wieder Schwenningen mit einer Teuerungszahl von 20 074 Mark für Oktober. Dann folgen Laupheim mit 19 530, Stuttgart mit 19 444, Feuerbach mit 19 424, Reutlingen mit 19 365, Zussenhausen mit 19 280, Eßlingen mit 19 157, Neckarsulm mit 18 969, Ebingen mit 18 968, Dürrmenz-Mühlacker mit 18 806 und Saulgau mit 18 747. Die billigste Stadt ist Kirchheim u. T., die nur 14 328 ℳ für den Oktober erforderte. Die zweitbilligste Stadt ist Ulm mit 15 102 ℳ, dann folgen Rottenburg mit 15 178 ℳ und Schorndorf mit 15 169 ℳ.

Die Kartoffelernte in Württemberg wird zwischen 100 und 380 Zentner auf den Hektar im Neckarkreis geschätzt, zwischen 100 und 450 Zentner im Schwarzwaldkreis, zwischen 120 und 425 Zentner im Jagstkreis und zwischen 90 und 250 Zentner im Donaukreis. Der Durchschnitt beträgt 243,4 bzw. 253,6 bezw. 249,2 bezw. 192,8 Zentner. Der Landesdurchschnitt stellt sich um fast ein Fünftel höher als im trockenen Vorjahr. Die Zuckerrübenernte überragt die vorjährige um ein Fünftel bis ein Viertel. Schätzungsweise lieferte die heurige Kartoffelernte 18 189 680 Zentner (1921 14 490 326), Zuckerrüben 3 065 016 Zentner (2 159 700), Runkelrüben 20 907 820 Zentner (16 076 830).

Mindestpreise für Zigaretten. Das Zigarettenkartell setzte die Mindestpreise wie folgt fest: für Strangzigaretten auf 30 Mk., desgleichen unter 400 Gramm Tabakgewicht auf 14 ℳ, für Hohlmundstückzigaretten bis 450 Gramm auf 14 ℳ, für desgleichen über 450 bis 700 Gramm auf 18 ℳ und für desgleichen über 700 Gramm auf 50 ℳ.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 29. Nov.: 8305.90 (8796.90).

1 Pfund Sterling 38 104.50, 100 holl. Gulden 333 663.—, 100 Schweizer Franken 135 111.—, 100 franz. Franken 57 605.—, 100 ital. Lire 39 151.—, 100 österr. Kr. 11.52, 100 tschech. Kronen 25 037.—, 100 polnische Mark 47.—.

Kaolinfunde bei Halle. Auf dem Gelände in Seeben bei Halle hat man Kaolin (Porzellanerde) in großer Menge gefunden. Die Stadt Halle hat 200 000 Mark für Bohrungen bewilligt. Wenn die Größe der Kaolinlager festgestellt sein wird, wird voraussichtlich die Ausnutzung verpachtet werden.

Erhöhung des Mehlpreises. Die Südd. Mühlenvereinigung erhöhte für heute den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 weiter von 49 000 auf 53 000 ℳ für die 100 Kg. Die zweite Hand war 2000—3000 ℳ billiger im Angebot. Das Geschäft ist ruhig, da die Zurückhaltung beider Seiten nach wie vor anhält. Die Umsätze waren gering.

Schreibmaschinenpreise. Der Verband deutscher Schreibmaschinenfabriken setzte seine Verkaufspreise mit sofortiger Wirkung herauf; der Preis für eine reguläre Büroschreibmaschine beträgt jetzt rund 184 000 Mark.

Die Aktienbrauerei Wulle Stuttgart wird eine Dividende von 24 v. H. verteilen. Im Vorjahre waren aus 771 187 ℳ Reingewinn 12 v. H. Dividende auf 3 Mill. Mk. verteilt. Das Aktienkapital beläuft sich jetzt auf 6 Mill. Mk. Stamm- und 0,5 Mill. Mark 6 v. H. Vorzugsaktien.

Die Jute- und Flachsernte ist in Amerika unbefriedigend ausgefallen. Auf den englischen Märkten zogen die Preise an, da die Spinnereien sich einzudecken suchen. Die Zufuhren nach Deutschland waren in letzter Zeit verhältnismäßig gering, die Lagerbestände in Hamburg sind gleichfalls sehr schwach. Der Preis für ein Kilo Juegewebe betrug durchschnittlich etwa 2000 Mark.

•

Stuttgarter Börse, 29. Nov. Die feste Stimmung, welche bereits an der vorgestrigen Börse zum Durchbruch gekommen war, setzte sich heute weiter fort. Es lagen wieder umfangreiche Kaufaufträge vor bei sehr geringem Angebot; die Kurse zogen infolgedessen stark an und wiesen weitere beträchtliche Erhöhungen auf. Man war den ganzen Tag über fest und bleibt bis zum Schluß in festester Haltung. — Bankaktien: Vereinsbank 1100 (1000), Notenbank 3100 (3000), Hypothekenbank 340, Bankanstalt 800. — Brauereiwerte: Ravensburg 500, Pfauen 580, Eßlinger 570 (530), Hohenzollern 1200 (1160), Walle 1000 (800). — Metallaktien Feinmechanik 13 500 (10 000), Hohner 5500 (4900) rat., Junghans 2000 (2200) rat., Metallwaren 12 000 (10 000). — Maschinenwerte: Daimler 2140 (2000), Eßlingen 3040 (3450), Gesser 2800 (2250) rat., Weingarten 4200 (3500), Neckarsulmer 4100 (3200). — Spinnereiwerte: Erlangen 5200 (4000), Unterhausen 6000 (5500), Bietigheim 8000 (6500), Kolb-Schüle 5700 (5000), Kuchen 10 000 (6500), Filz 5000 (4100), Kattun 5000, Leinenindustrie 7000. — Sonstige Werte: Anilin 8800 (8200), Heidelberger Zement 4500, Köln-Rottweil 5600 (4900), Krauß 1240 (1100), Salzwerk Heilbronn 7600, Sekt Wachenheim 3500 (3100), Stuttgarter Zucker 6200 (5800), Mannheimer Oel 3500 (3800), Transport 1000, Zieselwerke 3500 (3300).

Württembergische Vereinsbank.

Kempttener Butter- und Käsebörse. Butter durchschn. 1181.76 Vorwoche 961.23) ℳ, Umsatz 47 810 (40 000) Pfund; Weichkäse mit 20 v. H. Fettgehalt: 427.12 (329.00) ℳ, Umsatz 380 120 (305 539) Pfund; Alle. Rundkäse: 534.49 (449.51) ℳ, Umsatz 159 070 (194 569) Pfund.

Märkte

Schlachtviehmarkt Ulm, 28. Nov. Zutrieb: 11 Stück Großvieh, 52 Kälber, 18 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Jungrinder 21—22 000 ℳ, 2. Sorte 17 000—19 500 ℳ, Kühe 2. Sorte 11—13 000, 3. Sorte 7000—9500, Kälber 1. Sorte 25—27 000 ℳ, 2. Sorte 23—24 000 ℳ, 3. Sorte 20—21 000 ℳ, Schweine 1. Sorte 40—42 000 ℳ, 2. Sorte 36—39 000 ℳ, 3. Sorte 30—33 000 ℳ. Marktverlauf: schleppend.

Ludwigsburg, 29. Nov. Dem Schweinemarkt waren 8 Läufer und 136 Milchschweine zugeführt, wovon 4 Läufer und 72 Milchschweine verkauft wurden. Preis für einen Läufer 24 000—29 000 Mark, für ein Milchschwein 8000—14 000 Mark. Der Verkauf war trotz sinkenden Preisen schleppend.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Besatzungskosten

London, 29. Nov. Nach einer amtlichen Mitteilung im Unterhaus standen am 1. November 552 Offiziere und 8138 Mann englischer Truppen im besetzten Gebiet. Die Kosten betrugen bis 31. Juli 1922 54,7 Millionen Pfund (nach heutigem Kurs wären das über 2 Billionen Mark).

Im amerikanischen Senat erklärte Hitchcock, die Unterbringung von braunen Marokkanern und Algeriern in deutschen Häusern sei ebenso verwerflich wie die von schwarzen Negern. Den deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet werde verboten, über die Verbrechen der Farbigen an deutschen Frauen zu berichten. (Clemenceau scheint sich damit herausgeredet zu haben, daß er behauptete, es seien nur Algerier und Marokkaner im besetzten Gebiet, keine Schwarzen. Die Senegalneger sind nämlich, wie immer seit vier Jahren zu Beginn des Winters, in wärmere Winterquartiere in Nordfrankreich und Kleinasien bzw. Thrazien gelegt worden. Bezeichnend ist übrigens, daß auf einem Kongreß von Aerzten der französischen Regierung der dringende Rat gegeben wurde, die farbigen Truppen in Frankreich streng abzusondern, da sie die Wurmkrankheit und andere schöne Dinge verbreiten. Auf deutschem Boden hat das ja allerdings nichts zu sagen. D. Schr.)

Das englische Ausnahmefremdengesetz fällt

London, 29. Nov. „Daily Expreß" erfährt, die britische Regierung habe nicht die Absicht, das Ausländergesetz Abs. 10 vom Jahr 1919, das am 23. Dezember abläuft, zu erneuern. Absatz 10 bestimmt, daß kein Ausländer aus einem früher feindlichen Staat während des Zeitraums von 3 Jahren nach Annahme des Gesetzes im Vereinigten Königreich ohne die besondere Erlaubnis des Staatssekretärs, die nur aus besonderen Gründen zu gewähren ist, landen darf. Der Aufenthalt darf 3 Monate nicht überschreiten. — Dagegen bleibt die Verordnung bestehen, daß solche Ausländer sich sofort bei der Polizei melden und einen Paß mit Lichtbild führen, sowie jede Wohnungsveränderung sofort anzeigen müssen. Sie bleiben also unter polizeilicher Ueberwachung.

In London weiß man von nichts

London, 29. Nov. Auf eine Anfrage erklärte Bonar Law im Unterhaus, er habe keine Nachrichten erhalten, die ihn zu der Erklärung ermächtigten, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollen. Als Wedgewood fragte, ob in diesem Fall die britische Regierung vorher (von Paris) unterrichtet würde, antwortete Bonar Law: „Natürlich!"

Die Pariser Presse billigt die Absichten der französischen Regierung gegen Deutschland fast einstimmig. „Intransigeant" bedauert, daß vor der Beratung die Verbündeten nicht verständigt worden seien.

Von der Friedenskonferenz

Lausanne, 29. Nov. Im Wirtschafts- und Finanzausschuß erklärte Ismed Pascha, die Türkei verlange von Griechenland eine Kriegsentschädigung von einer Milliarde Dollar u. a. für die Verwüstung Kleinasiens und die Massenabschlachtungen der türkischen Bevölkerung. Sodann nahm die Konferenz die türkische Staatsschuld in Beratung, deren Gesamthöhe auf 150 Millionen türkische Pfund angegeben wird. Die türkischen Sachverständigen erklären, 50 Millionen müssen von den früher zum türkischen Reich gehörigen Balkanstaaten oder andere frühere Reichsteile wie Syrien, Mesopotamien, Hedschas und Palästina übernommen werden, außerdem seien die Anleihen der Städte Bagdad und Konstantinopel sowie der Bagdadbahn, die England in Besitz genommen habe, von der ottomanischen Schuld abgezogen werden.

Paris, 29. Nov. Poincaré wird heute nach Lausanne reisen. Es wird behauptet, England habe bereits zugesichert, daß Frankreich in seinem Vorgehen gegen Deutschland völlig freie Hand haben werde. — Mussolini wird in Lausanne erwartet.

Der politische Mord in Athen

Athen, 29. Nov. Unter der Anklage, die Niederlage des griechischen Heeres in Kleinasien verschuldet zu haben, sind folgende Minister und Generale des Königs Konstantin von dem venizelistisch-militärradikalen Kriegsgericht zum Tod verurteilt und erschossen worden: Ministerpräsident Gunaris und die Minister Stratos, Protopapadakos, Theotokis, Baltazzi und General Hadjanestis. Da das Urteil ein offenbarer politischer Rachemord ist, hat der britische Gesandte in Athen, Lindley, dagegen Widerspruch erhoben, und als es dennoch vollstreckt wurde, auf Befehl seiner Regierung Athen verlassen. Er reiste nach Lausanne ab, um Lord Curzon Bericht zu erstatten.

Die Nachricht von dem Mord hat auf der Friedenskonferenz größtes Aufsehen erregt, und man befürchtet eine weitere Verschärfung der ohnehin gespannten Lage auf der Friedenskonferenz. Venizelos weigert sich, sich über die Vorgänge in Athen auszusprechen.

Die Brüsseler Konferenz

Paris, 29. Nov. Wie verlautet, wird Poincaré nach London reisen, um mit Bonar Law über die Konferenz von Brüssel, die England hinausschieben möchte, zu verhandeln.

Eingesandt.

(Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Anfrage an das Finanzamt! Die Vergünstigung der kinderreichen Familienväter beim Steuerabzug vom Arbeitslohn steht in einem so schreienden Gegensatz zu der seit längerer Zeit schon eingetretenen Teuerung, daß eine Anfrage an dieser Stelle erlaubt sei. Ein Familienvater mit 4 Kindern hat eine Steuervergünstigung in 14 Tagen von sage und schreibe 236.20 ℳ, ein Mann ohne Kind 81.60 ℳ, ein Mann mit einem Kind 120 ℳ. Wie kann ein Familienvater mit Kindern bestehen, wenn er nur für Steuer allein über 1000 ℳ in 14 Tagen vom Lohn zurück lassen muß. Das ist eine so krasse Unmöglichkeit, die nur durch hartes Entbehren der ganzen Familie zur Möglichkeit werden muß. Der ledige Mann dagegen und der familiär schwach Belastete sind durch die große Belastung der kinderreichen Väter entlastet. Das ist eine Ungerechtigkeit, wozu noch ein neuerdings eingeführter sog. Stichtag kommt, nach welchem ein neues Familienglied erst zur Steuervergünstigung mit Beginn des Stichtages in Betracht kommt. Da kann es wohl vorkommen, daß ein Vater sein Kleines fast ein ganzes Jahr, während welchem so ein Kind ja nichts kostet, erhalten muß, ohne von Staatswegen irgendwie dafür begünstigt zu werden. Wir fragen nun das Finanzamt, wie lange dauern diese so kargen Steuervergünstigungen für uns noch? Wir fragen erhalten wir, die uns bis jetzt zu viel abgezogenen Beträge zurück, was nicht mehr als billig wäre. Denn es ist hart in unseren Tagen für einen Vater für eine Anzahl Kinder, die noch nicht mitverdienen können, zu sorgen. Das sollte von oben herab etwas mehr gewürdigt werden, als es bisher der Fall war.

Einige Familienväter.

Krankenkassenmitglieder und Arzneimittel.

Auf die Auslassungen des Aerztevereins Calw-Nagold (Gesellschafter Nr. 277) wird erwidert: Kein Arzt, der nicht an übertriebener Empfindlichkeit leidet, und auch sonst niemand kann behaupten, daß unsere Ausführungen im Gesellschafter Nr. 267 eine versteckte Hetze gegen die Aerzte darstellen. Man lese den Artikel noch einmal durch und überlege unbefangen, ob darin irgend eine Spitze gegen die Aerzte enthalten ist. Dagegen trägt die Erwiderung des Aerztevereins einen aggressiven Charakter, der uns zu folgender Antwort veranlaßt: Wir verwahren uns ganz entschieden gegen den Vorwurf, als ob die Kassenverwaltung andere zur Sparsamkeit ermahne, während sie selbst nicht oder nicht genügend spare. Wir haben keinen Grund, dem Aerzteverein nachzuweisen, daß auch bei der Verwaltung nach jeder Richtung hin die bestmögl. Sparsamkeit geübt wird, aber wir erklären ihm, er solle sich nicht in Dinge einmischen, die ihn nichts angehen und von denen er nichts versteht. Im übrigen dürfen die Kassenmitglieder beruhigt sein, daß die Arzneiverordnung, welche eine Vereinbarung zwischen Aerzten, Apothekern und Krankenkassen in Württemberg über eine sparsame Verordnungsweise darstellt, ihnen keinerlei Nachteile bringt, weil sie von erfahrenen Fachleuten bearbeitet ist, die wissen, daß besonders teure Mittel oft durch billigere ohne Schaden für den Kranken ersetzt werden können. Die Arzneiverordnung will aber nicht nur sparen, sondern auch verhindern, daß die Krankenkassenmitglieder die Versuchskaninchen für neue, noch nicht genügend erprobte Arzneimittel sein sollen. Also, der Kassenarzt soll bei der Arzneimittelverschreibung sparen, er soll sich insbesondere überlegen, mit welchem möglichst billigen Mittel ein Heilerfolg erzielt werden kann, er ist aber durchaus nicht gehindert, im wirklichen Bedürfnisfall jedes Arzneimittel auf Kassenrechnung zu verordnen. Das ist der Kernpunkt der aufgeworfenen Frage! Unser Rundschreiben an die Aerzte, in welchem es u. a. heißt, daß manches Rezept entbehrt werden könne, wenn der Arzt unberechtigte Wünsche der Versicherten nicht erfüllt, hat seine volle Berechtigung, bemerkte doch ein Arzt in dankenswerter Offenheit, daß er manchmal entgegen seiner Ueberzeugung ein Rezept schreiben müsse, nur weil eben die Patienten sonst keinen Glauben an seine Tüchtigkeit hätten und das nächstemal zu einem andern Arzt gehen würden. Die Krankenkassen können aber nicht dazu bestimmt sein, die Geschäftsinteressen der Aerzte zu unterstützen. In Krankenkassenkreisen ist man in Uebereinstimmung mit vielen Aerzten der Ansicht, daß mit einem geeigneten Hausmittel oder einer entsprechenden Verhaltungsmaßregel manchmal mehr erreicht wird als mit dem größten Kolben Arznei. 1557

Verwalter Lenz.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachung.

Oberamt Nagold.

Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk.

Die Abstimmungsliste über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk im Oberamtsbezirk Nagold ist auf die Dauer von zwei Wochen vom Erscheinen dieses Blattes an gerechnet zur Einsichtnahme und Erhebung etwaiger Einsprachen der Beteiligten auf Zimmer 32 des Oberamts Nagold öffentlich aufgelegt. Die Einsprachen können schriftlich oder mündlich angebracht werden.

Einsprachen, welche nach Ablauf dieser Frist anmeldet werden, können keine Berücksichtigung finden. 1556

Nagold, den 28. Nov. 1922.

Der Kommissar: Assistent Moll.

Waldbesitzerverband Stuttgart.

Nadelstammholz-Verkauf

aus den Waldungen des **Freiherrn v. Gültlingen**

Berneck.

124 Stück Fi. Ta. I—VI. Kl., insges. 151,51 Fm.
12 „ Forchen II—IV. Kl., „ 10,29 Fm.

Entfernung zur nächsten Bahnstation Berneck 1—2 Klm. Als Zahlungsbedingungen gelten die Verkaufsbedingungen des Waldbesitzerverbands.

Schriftl. Angebote zu den Landesgrundpreisen vom 1. Nov. 22 sind spätestens **Montag, den 4. Dez. vorm. 11 Uhr** an die Geschäftsstelle **Stuttgart,** Büchsenstr. 62 zu richten, von wo Losverzeichnisse erhältlich. 1554

Bekanntmachung.

Für den Monat **November** beträgt der **Strompreis:**

für Licht: M 90.—
„ Kraft: M 70.— | **für 1 KWSt.**

Die Licht- und Kraftpauschalen wurden entsprechend festgesetzt.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir durch die große Geldknappheit gezwungen sind, mit dem Stromgeld für Oktober eine Anzahlung für November in gleicher Höhe einzuziehen, damit wir unseren außerordentlich großen Zahlungsverpflichtungen nachkommen können. Der Rest des Novemberstromgelds kommt dann im Januar zum Einzug. 1560

Station-Teinach, 29. Nov. 1922.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G.E.T.)

Achtung! Radfahrer! Achtung!

Wer sich noch rechtzeitig vor dem neuen Aufschlag ein Rad kaufen will, besichtige unser Lager in

erstklassigen Rennmaschinen

mit farbigem Stern.

Halbrenner, Touren- u. Damenräder sowie Gummi, Laternen und sämtliche Ersatzteile

zu äußerst günstigem Preis.

Emaillier-Vernickelung durch vorhergehende Verkupferung, sowie **Rahmenbrucharbeiten** können wieder angenommen werden.

Kurrle & Vetter

Werkstätte für Metallbearbeitung

Bondorf OA. Herrenberg

Tel. 13. 1559

Unterstützet die Anstalten christlicher Liebestätigkeit kräftig mit Geld- und Nahrungsmitteln!

Nagold. 1562

Am **1. Dezember d. J.** findet eine

Viehzählung

statt.

Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel, Rindvieh Schafe Schweine Ziegen, Geflügel, (Gänse, Enten, Hühner, einschließlich Truthühner) zahme Kaninchen (Stallhasen) und Bienenstöcke.

Die Viehbesitzer werden ersucht den Zählern die Durchführung der Zählung zu erleichtern.

Nagold, den 30. Nov. 1922

Stadtschultheißamt:
Mater.

M.V.M. 8 Uhr über das Präludium. (Beisp. v. Beethoven und Bruckner.) 1558

Frachtbriefe

sind stets vorrätig in der

Geschäftsstelle des „Gesellschafters".

Kein Husten mehr!

Dr. Bastelbs echter **Fenchelhonig** wirkt Wunder. Zu haben bei **Gebr. Benz,** Löwen-Drogerie. 504a

---

Im Anbruch einer neuen Zeit.

Geistesgaben und Glaubensheilung in ihrer Bedeutung für die Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Wirksamkeit

Friedrich Stangers in Möttlingen.

Vorrätig bei

Buchhandlung Zaiser
Nagold.

Kopfungeziefer mit Brut

Erhältlich in sämtlichen Apotheken u. Drogerien.
Alleinige Herstellerin:
Chemicocompagnie G. R. Wordenfeldt

1096 Alleinverkauf:
Nagold: Apotheke Schmid, Drog. Gebr. Benz, Bahnhofstr. 56.
Wildberg: Apoth. K. Schübener.
Ebhausen: Gebr. Benz, Filial-Drogerie.

Inserieren schafft Absatz!

Scherbendoktor!

ist der beste Porzellan- u. Glaskitt, selbst in kochendem Wasser nicht lösbar. Zu haben bei: **Gebr. Benz,** Löwen-Drogerie. 504a

---

Zu kleinen Geschenken empfehle:

Wandsprüche
Ziehkästchen
Vergißmeinnicht

in **großer** Auswahl bei

G. W. Zaiser
Schreibwarenhandlung.

Vollmaringen, 29. Nov. 1922.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber treubesorgter Vater und Großvater

Alois Leins Bauer

im Alter von 69 Jahren nach kurzer Krankheit im Spital in Horb sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Freitag vormittag 9 Uhr in Vollmaringen statt. 1553

Bekanntmachung.

Unserer verehrlichen Kundschaft machen wir die ergebene Mitteilung, daß wir vom 15. November ds. Js. ab den

Alleinverkauf

der Erzeugnisse der Maschinenbau A.-G. Herrenberg

übernommen haben.

Die

„Herma"-Sichtmaschine und Schrotmühle

in Verbindung mit **Griesreinigung, Gerb- und Absackvorrichtung** stellt eine Präzisionsarbeit dar wie solche von keinem Konkurenzfabrikat je erreicht worden ist. Die Maschine verarbeitet alle mahlfähigen Produkte und liefert erstklassiges Backmehl, wie sich jedermann durch die in der Fabrik ständigen laufenden Mühlen überzeugen kann.

Der sogenannte

Hohenheimer Beizapparat

fahrbar, ermöglicht absolute Entfernung von Brand bei Saatgetreide, spart Beizflüssigkeit und füllt das gebeizte Saatgut selbsttätig wieder in Säcke; für Gemeinden und größere Güter das notwendigste Gerät, da Beizen der Saatfrucht Vorschrift ist. Von verschiedenen Landwirtschaftskammern als die beste Maschine anerkannt. Vorführung an Ort u. Stelle kostenlos durch uns.

Hederichjäter,

sehr leicht zu handhaben u. unentbehrlich.

Wir unterhalten in vorstehend beschriebenen Maschinen und Geräten stets ein Musterlager u. kann Lieferung prompt erfolgen.

Prospekte und Preise stehen zur Verfügung.

Gebrüder Sauer

Maschinen-Großhandlung
Telefon 51

Herrenberg

Centrale Betzingen
Filiale Reutlingen

1539 Telefon 326.

Der beliebte Abreißkalender:

Der christliche Hausfreund

für 1923

mit biblischen Betrachtungen für jeden Tag, Erzählungen u. Gedichten

ist vorrätig bei

Buchhandlg. Zaiser, Nagold.

Wollen Sie

496

sich schützen vor scharfen Waschmitteln, so gebrauchen Sie

Seifenpulver Schneekönig.

Effringen.

Wahl-Vorschlag.

Carl Bühler, Zigarrenfabr.
Christian Geigle, Goldschmied
Friedrich Dürr, Landwirt
Jakob Huber, Schmied.

1561 Viele Wähler.

Rinder, Pferde, Schafe u. Geflügel schützt vor Knochenweiche, Krankheit und erhöht die Fleisch-, Milch und Eierproduktion.

Verlangen Sie ausdrücklich **Drogerol** in den bekannten Verkaufsstellen. 1447

All. Herst.: **Drogerol-Werke Gotth. Hussel Herrenberg** (Württbg.), **Haigerloch** (Hohenz.)

1568

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC.

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Eine wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

Nagold: Friedrich Schmid.

Gesangbücher

in verschiedenen Preislagen sind wieder eingetroffen bei

G. W. Zaiser
Buchhandlung Nagold.

Spare nicht!

sondern nimm stets gegen Husten u. Heiserkeit Dr. Soldan's

Fenchelhonig u. Spitzwegerichsaft

Drogerie Gebr. Benz
1982 Nagold
und
Filial-Drogerie Ebhausen.

Ansichtskarten

bei Buchhandlg. Zaiser Nagold.

Heim

Sammlung von Volksgesängen für Männerchor

sind wieder vorrätig bei

G. W. Zaiser,
Buchhandlung, Nagold.

Eine 1555

Milchziege

sucht zu kaufen.

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.